

Wolmirstedter Basisbrief

05/2011

Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Genossin, lieber Genosse,

hiermit laden wir Dich zu unserer Mitgliederversammlung am

Donnerstag den 12.05.2010 um 18.30 Uhr,

in die Bauernstube im Bürgerhaus Wolmirstedt, auf der Schlossdomäne, ein.

Folgende Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Diskussion zum Thema Rechtsextremismus
2. Auswertung Außerordentliche Sitzung des 3. Landesparteitages
3. Berichterstattung zur Arbeit in den Fraktionen
4. Sonstiges

Liebe Genossinnen und Genossen,

da wir auf unserer nächsten Basisversammlung das Thema Rechtsextremismus und wie wir als Partei bzw. als Basis damit umgehen sollten weiter diskutieren wollen, habe ich diesmal als Einstieg einen Artikel aus der Wolmirstedter Volksstimme vom 26.04.2011 dazu heraus gesucht.

Sachsen-Anhalt startet neuen Anlauf für NPD-Verbot

Sachsen-Anhalts neuer Innenminister Holger Stahlknecht macht im Kampf gegen Extremismus ernst und prüft ein neues NPD-Verbot. Die übrigen Bundesländer reagieren geteilt - denn die Hürden sind hoch.

Magdeburg - Mit einem eigenen Referat beim Verfassungsschutz will Sachsen-Anhalts neuer Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) die Chancen für ein Verbot der rechtsextremen NPD ausloten. Die zunächst dreiköpfige Gruppe werde sofort ihre Arbeit aufnehmen, sagte Stahlknecht am Dienstag in Magdeburg. Ein erster Anlauf für ein Verbot der Partei war 2003 gestoppt worden, weil die Rolle von V-Leuten in der NPD unklar war.

Es gebe heute neue Anhaltspunkte für die verfassungsfeindliche Ausrichtung der Partei, die ergebnisoffen untersucht werden müssten, sagte Stahlknecht. Dabei verwies er auch auf Ermittlungen, wonach ein Rechtsextremist unter dem Namen "Junker Jörg" im Internet über den Bau von Bomben informiert und zu Gewalt aufgerufen haben soll. Der Spitzenkandidat der rechtsextremen NPD in Sachsen-Anhalt, Matthias Heyder, hatte vor der Landtagswahl vom 20. März Vorwürfe dementiert, er selbst habe die Texte unter dem Namen "Junker Jörg" verbreitet.

Stahlknecht sagte, sollte ein neuer Verbotsantrag Aussicht auf Erfolg haben, strebe er eine satte Mehrheit der Bundesländer für diesen Weg an. Ein einzelnes Bundesland kann nicht alleine einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht stellen, wohl aber über den Bundesrat. Eine Absprache mit den anderen Ländern werde es nach der juristischen Prüfung geben, sagte Stahlknecht, der früher als Richter und Staatsanwalt tätig war.

Unterstützung erhielt Stahlknecht unter anderem aus Bayern, Thüringen und Bremen. Bayerns CSU-Innenminister Joachim Herrmann sagte: "Ich werde mit meinem Amtskollegen zusammenarbeiten, um die Grundlagen vorzubereiten. Die NPD gehört verboten." In Thüringen sagte ein Sprecher des Innenministeriums: "Wir begrüßen diesen Vorstoß." Ein Sprecher von Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) meinte, das Verbot der rechtsextremen NPD sei schon immer das Ziel der SPD-Innenminister gewesen.

Der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU), warnte dagegen vor einem neuen NPD-Verbotsverfahren. "Ich würde davon abraten", sagte er der "Mitteldeutschen Zeitung" in Halle (Mittwoch). Die Risiken eines neuen Verbotsverfahrens seien groß. "Wir müssten die V-Leute aus der NPD abziehen. Und wir befänden uns dann bei der Beobachtung der Partei für eine längere Zeit im Blindflug."

Auch Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidke (SPD) lehnte einen neuen Antrag ab. "Gefühlsmäßig ja, aber von der Vernunft her nein", sagte er. Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) sagte, derzeit gebe es keine neuen Erkenntnisse, die Hoffnung für ein erfolgreiches Verbotsverfahren machten. "Ein Scheitern wäre Wasser auf die Mühlen der NPD."

Stahlknecht hatte bereits in der "Mitteldeutschen Zeitung" (Dienstag) angekündigt, das Verfahren voranzutreiben. "Ich bin lieber Lokführer als Bremser", sagte er der

Zeitung. Im schwarz-roten Koalitionsvertrag hatten CDU und SPD vereinbart, ein neues Verbotsverfahren zu prüfen. Die NPD war in Sachsen-Anhalt bei der Landtagswahl vom 20. März auf 4,6 Prozent der Stimmen gekommen.

Leiterin des neuen Referats ist Heike Luckhardt, die sich bisher im Innenministerium mit Verfassungsfragen beschäftigt hat. Das Referat trägt den kompletten Namen: "Verfassungswidrige Parteien und Extremismusprävention". Es soll sich auch mit der Frage beschäftigen, wie der Zulauf zu extremen Parteien verhindert werden kann.

An dieser Stelle möchte ich noch mal auf unserer Gedenkveranstaltung zum Ende des 2. Weltkrieges in Europa am 8. Mai um 10:00 Uhr auf dem Wolmirstedter Friedhof erinnern.

Der Vorstand gratuliert unseren Geburtstagskinder im Mai 2011:

Rüdiger Banse	27 Jahre
Brunhilde Schulze	79 Jahre
Heidemarie Nielebock	62 Jahre

Wir wünschen Euch alles Gute und hoffen dass Ihr uns noch lange erhalten bleibt.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Lautner